

in Mexiko hin. In dieser neuen Phase des besseren Verständnisses und des Dialogs wolle die Kirche ihren eigenen Beitrag leisten, ohne ihre spezifischen Ziele und Kompetenzen zu überschreiten.

Während seines einwöchigen Aufenthalts zog der Papst große Menschenmassen an. Bei den öffentlich zugänglichen Veranstaltungen waren Besucherzahlen von einer Million und

darüber durchweg die Regel. In der Presse wurden dieser Zustrom und die Äußerungen Johannes Pauls II. teilweise auch mit kritischen Kommentaren begleitet; man hielt dem Papst Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos vor. Ob es in absehbarer Zeit zu einer Revision der laizistisch-antiklerikalen Verfassungsbestimmungen kommt, ist nicht sicher.

U. R.

Rechtmäßigkeit dieses Verkaufs. Unterdessen hat der israelische Wohnungsbauminister und stellvertretende Ministerpräsident *David Levi* eingeräumt, den Erwerb des Hauses aus Mitteln seines Ministeriums wesentlich mitfinanziert zu haben (40 Prozent der Kaufsumme von insgesamt 3,5 Millionen Dollar).

Unterdessen wies der amtierende israelische Ministerpräsident *Yitzhak Shamir* den Protest der christlichen Kirchenführer mit dem Hinweis zurück, Israelis hätten das Recht, sich *überall im Lande anzusiedeln*. Ein Sprecher der israelischen Regierung warf den Kirchen vor, sie hätten die laufenden gerichtlichen Klärungen zur Frage der Rechtmäßigkeit des Verkaufs des ehemaligen Hospizes abwarten sollen. Der Oberste Gerichtshof Israels hatte mit einer Entscheidung vom 26. April die Siedler zwar zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert, 20 Vertreter jedoch sollten bis zur endgültigen Klärung in der Sache im Haus verbleiben können. Die Kirchen wollten jedoch die gerichtliche Klärung nicht abwarten, weil sie die Vorgänge als letztlich *politisch motiviert* einstufen und nicht als einen bloßen Rechtsstreit um Eigentumsrechte.

Diese Position verteidigte u. a. auch der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, verschiedentlich in Interviews mit ausländischen Medien. Sabbah bezeichnete nicht nur die Anwesenheit der Siedler als eine unannehmbare Verletzung des Status quo in der Stadt, sondern kritisierte auch die israelische Regierung scharf wegen ihrer Unterstützung der Siedler. Im übrigen zeichnete Sabbah ein *ambivalentes* Bild der israelischen Gesellschaft: Auf der einen Seite gebe es ein aggressiv gestimmtes, dialogunwilliges Israel, auf der anderen Seite aber auch moderate Juden, die ihre Solidarität mit den Christen zum Ausdruck brächten und das Verhalten der Siedler kritisierten.

Zu den letzteren gehört der Jerusalemer Bürgermeister *Teddy Kollek*: Bei öffentlichen Auftritten in den USA Anfang Mai bezeichnete Kollek die Aktion als einen „schweren Fehler“ und eine „Dummheit“. Der israeli-

Israel: Proteste christlicher Kirchen

Mit einer beispiellosen Aktion haben die wichtigsten in Israel ansässigen christlichen Gemeinschaften Ende April gegen eine – aus ihrer Sicht gesehene – Gefährdung des seit langem äußerst labilen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften in Jerusalem protestiert. Als Antwort auf die Besetzung eines Hauses in der unmittelbaren Nähe der Grabeskirche, das das griechisch-orthodoxe Patriarchat weiterhin als Eigentum für sich reklamiert, durch rund 150 militante, zumeist amerikanischstämmige jüdische Siedler entschlossen sich die christlichen Kirchen und Gemeinschaften zu einer *eintägigen Schließung aller heiligen Stätten* in Israel, Ostjerusalem und den von Israel besetzten Gebieten.

Scharfe Reaktion auf Hausbesetzung

Seit Menschengedenken ist es das erste Mal, daß die christlichen Gemeinschaften freiwillig zu diesem Mittel greifen. Unter Anwesenheit führender Persönlichkeiten der beteiligten Kirchen wurde am Morgen des 27. April feierlich die Schließung der Jerusalemer Grabeskirche vollzogen. Von den Kirchen der Stadt war ein halbstündiges Protestgeläut zu hören. Islamische Würdenträger folgten diesem ungewöhnlichen Schritt ihrerseits mit der Schließung des Jerusalemer Felsendoms und der El Aksa-Moschee auf dem Tempelberg.

Nachdem es bereits unmittelbar nach der Besetzung des Hauses am Mittwoch der Karwoche zu ersten Protesten und z. T. zu tumultartigen Zusammenstößen, zuweilen unter Beteiligung hoher christlicher und muslimischer religiöser Würdenträger, gekommen war, hatten zehn christliche Kirchenführer, darunter auch der lateinische Patriarch von Jerusalem, am 23. April die Schließung der heiligen Stätten in einer Erklärung angekündigt und begründet. In dem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß die Aktion der Siedler das Überleben christlicher Gemeinschaften im Heiligen Land gefährde. Die Hausbesetzung ausgerechnet in der Karwoche nannten sie eine *Provokation gegen den freien Zugang zur Grabeskirche*. Der Akt der bewaffneten Besetzung compromittiere die Unversehrtheit und die religiöse und kulturelle Autonomie des Christen-, des Armenier- und des Muslimviertels der Stadt. Er verletze den seit langem geachteten *Status quo* in der Jerusalemer Altstadt.

Das ehemalige griechisch-orthodoxe Hospiz St. Johannes war am 11. April unter Polizeischutz von den Siedlern besetzt worden. Ein inzwischen untergetauchter Armenier hatte das Haus bisher gepachtet. Auf Umwegen über eine panamaische Scheinfirma wollen die Siedler in den vermeintlich rechtmäßigen Besitz dieser Immobilie gelangt sein. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, *Diodoros I.*, bestritt jedoch von Anfang an die

schen Regierung hielt er vor, die Siedler zu ihrer Aktion eigens ermuntert zu haben, christliche Kirchenführer zieht er der „Überreaktion“. Zugleich kritisierte Kollek auch das griechisch-orthodoxe Patriarchat, das Hospiz über 30 Jahre lang vernachlässigt und es obendrein einer wenig vertrauenswürdigen Person verpachtet zu haben. An anderer Stelle meinte Kollek, im Namen eines „falschen Messianismus“ solle Jerusalem mit Aktionen wie der der Siedler in ein zweites Beirut verwandelt werden.

Zum erstenmal handelten Christen gemeinsam

Im Kern geht es bei dieser Auseinandersetzung um die Beachtung der auf Gewohnheitsrecht basierenden Aufteilung der Jerusalemer Altstadt zwischen den drei großen religiösen Gruppierungen: Muslime, Christen und Juden, der die Stadt über Jahre ihre relative Ruhe trotz der angespannten Lage im Staat Israel wie in den von Israel besetzten Gebieten verdankt. Noch in den 70er Jahren hatte der Oberste Gerichtshof des Staates Israel einem Muslim unter Berufung auf diese Aufteilung der Altstadt untersagt, sich im jüdischen Teil anzusiedeln.

Seit Jahren jedoch versuchen bestimmte jüdische Aktivistengruppen, diesen Status quo dadurch zu unterlaufen, daß sie sich im muslimischen Teil der Stadt ansiedeln, um so Jerusalem auf Dauer systematisch zu „judaisieren“. Der Ostteil von Jerusalem wurde von Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 zurückerobert. Unmittelbar nach dem Krieg wurden beide Teile der Stadt wieder unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt. 1980 rief der Staat Israel Jerusalem zu seiner „ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ aus, ein Status, der bisher keine internationale Anerkennung gefunden hat. Erst unlängst wurde im US-amerikanischen Senat wiederum ein Vorstoß unternommen, um die amerikanische Regierung zur Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels zu bewegen und damit auch zur Verlegung des Sitzes des US-Botschafters in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. Der Apostolische

Stuhl tritt seit langem für internationale Garantien für den offenen Zugang zu den heiligen Stätten in Jerusalem ein.

Zu den interessantesten Aspekten der Vorgänge um das Hospiz St. Johannes gehört die Tatsache, daß in diesem Fall Christen verschiedener Konfessionen sich zu gemeinsamem Handeln zusammenfanden und muslimische religiöse Führer sich dem obendrein anschlossen. Hier sind Veränderungen spürbar, wie sie schon während der nunmehr seit über zwei Jahren andauernden „Intifada“, des Aufstandes der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser gegen die israelische Besatzungsmacht, zum Tragen kamen. Mit der „Intifada“ scheinen auch die christlichen Gemeinschaften dazu übergegangen zu sein, eine frühere Zurückhaltung aufzugeben. Z. T. hat dies bereits Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Staat Israel und den christlichen Kirchen insgesamt. So sprach der Leiter des vatikanischen Notre-Dame-Centers in Jerusalem, Monsignore Richard Mathes, in einem KNA-Interview (31. 10. 89) bereits vor einem halben Jahr von einem „gebrochenen Verhältnis“. Das Verhältnis sei längst nicht mehr so ungetrübt wie noch vor wenigen Jahren. Den christlichen Kirchen werde immer wieder bedeutet, daß man von ihnen „Ergebenheitsadressen“ an den israelischen Staat erwarte. Zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Zeit zählen in dem Zusammenhang die Vorgänge um die mehrheitlich christliche Stadt Beit Sahur, unweit von Betlehem. Diese größte christliche Stadt in der Westbank trat – frei nach dem Motto der Bostoner Tea-Party von 1773 im amerikanischen Unabhängigkeitskampf: „no taxation without representation“ (keine Vertretung im Parlament = keine Steuern) – in einen Steuerstreik, woraufhin das israelische Militär die Stadt zum Sperrgebiet erklärte und bewegliches Eigentum der Bürger als Ersatz für die nicht gezahlten Steuern konfiszierte.

Drei Patriarchen samt Delegationen ihrer Kirchen wurde im vergangenen Herbst der Zugang zu Beit Sahur mit

Hinweis auf die Sperrung durch das Militär verweigert. Protestaktionen wie die der Bewohner von Beit Sahur ebenso wie Versuche, alternative, d. h. von Israel unabhängige Formen des Handels und der Wirtschaft zu schaffen, sollen auch das Selbstbewußtsein der Palästinenser gegenüber den Israelis stärken helfen – selbst wenn damit die politischen und militärischen Kräfteverhältnisse nicht wesentlich verändert werden.

Zunehmende Klagen wegen überzogenen Gebrauchs von Gewalt

Führende Vertreter christlicher Gemeinschaften – unter ihnen auch der lateinische Patriarch Sabbah – äußerten sich mehrfach öffentlich zum Fortgang der „Intifada“ in Protestschreiben, so etwa in einer „Erklärung der Jerusalemer Kirchenführer“ vom 27. April 1989 (Wortlaut: Ecumenical Press Service, 15/1989). In dieser Protestnote bekräftigten sie die Pflicht als Kirchenführer, sich zur Situation in ihrem Land zu äußern, und protestierten gegen die wiederholten Verstöße gegen verbriefte Rechte der Bewohner von Jerusalem, der Westbank und dem Gazastreifen. Man zeigte sich empört über die hohen Verluste an Menschenleben und über die Tötung von „unbewaffneten und unschuldigen Menschen“ sowie den „überzogenen Gebrauch von Gewalt“, schließlich über unangemessen scharfe Strafen sowie wenig rechtsstaatlichen Umgang mit Gefangenen bzw. mit Bürgern, die in Polizeigewahrsam genommen werden. Die Kirchenführer protestierten gegen die Schließung von Schulen und Universitäten, gegen die Anwendung von Kollektivstrafen und mahnten den freien Zugang zu den heiligen Stätten an. Bei dieser Erklärung handelte es sich um eine eindeutige Parteinahme für die palästinensische Seite.

Die geringe öffentliche Präsenz der christlichen Kirchen in der Vergangenheit hatte eine ganze Reihe von Gründen: Sieht man einmal von der Tatsache ab, daß ein Teil der Hierarchie (und des Klerus) ausländischer

Herkunft war bzw. ist und z. T. nur eine *begrenzte Autorität* genöß, so hatte dies vor allem mit der starken *Zersplitterung* und mit der Stellung als *Minderheit* zu tun. Von den insgesamt rund 1,2 Millionen Bewohnern der Westbank und des Gazastreifens sind nur etwa 35 000 Christen. Hinzu kommen 12 000 Christen in Jerusalem. Von den 4,5 Millionen israelischen Staatsbürgern sind etwa 700 000 Araber, davon 85 000 Christen. Die Mehrheit der Christen im Heiligen Land gehört der griechisch-orthodoxen Kirche an oder sind Melkiten und Lateiner. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl kleinerer katholischer, orthodoxer, orientalischer und protestantischer Gemeinschaften (vgl. *Rafiq Khoury*, *Chrétiens arabes de la Terre Sainte*, in: *Etudes*, Oktober 1988, S. 398). Die arabischen Christen sind außerdem seit langem gezwungen, gegenüber einem sich ausschließlich muslimisch definierenden *arabischen Nationalbewußtsein* ihre Zugehörigkeit zur „arabischen Nation“ unter Beweis zu stellen. Für die jüdische Seite gehören

sie entweder zu den Arabern und damit zu den Gegnern, oder aber man übergeht ihre Zugehörigkeit zu den Arabern und fördert damit erst recht muslimische Vorbehalte ihnen gegenüber. Gegenüber dem westlichen, christlich geprägten Ausland beklagen die christlichen Araber, daß man sie im Gegensatz zu Juden und Muslimen kaum wirklich wahrnehme. Für die Einheit unter den (christlichen) Arabern kommt noch erschwerend hinzu, daß die Interessen derjenigen in den besetzten Gebieten nicht ohne weiteres identisch sind mit den Interessen derer, die in Israel selbst wohnen. Der Anteil der Auswanderer ist unter den christlichen Arabern in den besetzten Gebieten besonders hoch. Angesichts dieser schwierigen Lage der Christen in einem vornehmlich jüdisch oder muslimisch geprägten Umfeld war die Schließung der heiligen Stätten aus Protest gegen die Aktion der jüdischen Siedler insofern auch ein weiterer Versuch, das Gewicht der Christen in Palästina stärker als bisher in die Waagschale zu werfen. K. N.

Ostasien: Theologen beraten über Kirche und Politik

Die christlichen Kirchen in Asien sind alle in besonderer Weise mit dem Problem ihres Verhältnisses zur Politik und der staatlichen Macht konfrontiert. Mit Ausnahme der Philippinen befinden sich die christlichen Kirchen überall in Asien in der Minderheit, da sie insgesamt nicht mehr als 5 Prozent der Bevölkerung umfassen, wobei sich der Anteil der Katholiken auf 2,6 Prozent beläuft. Bereits daraus ergibt sich deutlich, daß der Einfluß der Christen nicht bestimmend sein kann. Vielmehr müssen sie versuchen, in der Zusammenarbeit mit Partnern aus den anderen Religionen und anderen die Gesellschaft bestimmenden Gruppen eigene Vorstellungen wenigstens ansatzhaft zur Geltung zu bringen. Wie sehr gegenwärtig nach Orientierung in dieser Frage gesucht wird,

Es geht z. B. darum, zu klären, inwiefern sich die Kirchen eine Kategorie von „asiatischer Harmonie“ zu eigen machen können, die mit dem Anspruch, asiatische Ethik darzustellen, sich gegen die westliche Orientierung seitens der Religionen in politischen Dingen wendet. In ähnlicher Weise zeigte die diesjährige Tagung der Theologischen Beratungskommission der Vereinigung der asiatischen Bischofskonferenzen in Hongkong (23. April bis 1. Mai 1990). Auf der Theologentagung ging es darum, die „Asiatische theologische Perspektive zum Verhältnis der Kirche zur Welt der Politik“ zu bestimmen. Gruppen von ca. je zwölf Theologen, die jeweils einzelne Länder vertraten, begannen ihre Überlegungen zu dieser Thematik mit einer *Analyse der politischen Verhältnisse ihres jeweiligen Landes* und einer Beschreibung der Rolle der Kirche darin. Dieses methodische Vorgehen hatte den Vorteil, daß von der aktuellen Situation der verschiedenen beteiligten asiatischen Länder ausgegangen wurde und nicht von einer allgemeinen Theorie. Dabei wurde die

Komplexität der Situation in den verschiedenen Ländern deutlich und zugleich die Berührungspunkte, die sich zwischen einzelnen Ländern ergeben. **Bestandsaufnahme der verschiedenen Länder**

Bei den Berichten über Indonesien, Malaysia und Pakistan spielte der *Faktor Islam* und seine Vorstellungen von einer idealen Gesellschaftsordnung basierend auf der Shariah die bestimmende Rolle. Deutlich wurde für Thailand die *Rolle des Buddhismus* als die das Land bestimmende religiöse Kraft.

In *Sri Lanka* ist die Situation ebenfalls zu einem guten Teil durch das buddhistische Erbe bestimmt, das in der Auseinandersetzung mit den Familien ebenfalls von hinduistischen Elementen beeinflusst wird. *Indien* hat eine lange Tradition einer „säkularistischen“ Regierungsform, was dazu beitrug, daß der religiöse Faktor hinter sachlichen politischen Rücksichten zurücktrat. In der jüngsten Vergangenheit ist der Einfluß radikaler hinduistischer Gruppen jedoch ständig gewachsen.

Trotz vieler ideologischer Unterschiede lassen sich für die VR China, Vietnam und Taiwan, Südkorea und Singapur im *konfuzianischen Gedankengut* viele Übereinstimmungen finden, die das Denken über die Beteiligung der Religionen an politischen Vorgängen bestimmen. Eine Kategorie für sich bilden die *Philippinen*, wo die katholische Kirche in der jüngsten Vergangenheit eine sehr bestimmende Rolle auf dem politischen Sektor gespielt hat und immer noch spielt. Es ist deutlich zu beobachten, daß die anfängliche Nähe zur gegenwärtig bestehenden Regierung einer „kritischen Solidarität“ gewichen ist. Das Ergebnis der Analyse der verschiedenen Situationen ergab, daß die Kirche sich in Asien vorfindet: in solchen, wo sie eine unterdrückte Minderheit ist; in anderen, wo sie als Minderheit toleriert wird, und wieder in anderen, wo sie als relativ einflußreiche Minderheit anerkannt ist. Dieser *Minderheitsstatus* hat